

Landtag von Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 15. Oktober 2015

TOP 6: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015/2016  
(Nachtragshaushaltsgesetz 2015/2016)  
- Zweite Lesung

## **Rede von Finanzminister Jens Bullerjahn „Sachsen-Anhalt: dynamisch und weltoffen“**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

Politik ist, so heißt es, die Kunst des Machbaren oder des Möglichen. Warum sage ich das?

Ich habe in den vergangenen Tagen den Eindruck gewonnen, dass in der deutschen Politik - weniger bei den Bürgerinnen und Bürgern - nur noch grundsätzlich diskutiert wird.

Da geht es beim Thema Flüchtlinge leider zu oft nur um Ängste, schnelle Lösungen oder einfache Antworten.

„Wir schaffen das“, „die Grenzen müssen vielleicht geschlossen werden“, „wir brauchen schnelle Entscheidungen/ Abschiebungen, die Probleme werden wir schon irgendwie lösen. „Wir brauchen unbedingt Obergrenzen – das hält keiner mehr aus.“

Solche Überschriften lösen keine aktuellen Probleme, sondern schüren zusätzliche Emotionen. Es geht jetzt nicht vorrangig um politische Debatten, sondern darum, Menschen zu helfen!

Anrede,

ich war zu Beginn der Woche erneut in der ZASt Halberstadt. Dort habe ich mir die Versorgung, Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge mit eigenen Augen angesehen. Die Bedingungen sind – auch angesichts der Witterung – nicht einfach. Es gibt aber durchaus Verständnis bei den Flüchtlingen und den Helfern, die übrigens Hervorragendes leisten. Ebenso wie die Bauleute, die gerade die Häuser in der ZASt Halberstadt aufbauen.

Nach dem Besuch dort wurde mir klar, was jetzt das Wichtigste ist:

Bis Ende nächster Woche dürfen die Flüchtlinge nicht mehr in Zelten wohnen, sondern brauchen ein festes Dach über dem Kopf!

Und neu ankommende Flüchtlinge brauchen sofort eine feste und ordentliche Unterkunft mit entsprechender Betreuung!

Auf dieses anspruchsvolle Ziel müssen Landesregierung und auch Landtag ihre ganze Kraft konzentrieren! Da bin ich mir mit dem Innenminister einig, dem ich an dieser Stelle für die zielorientierte Zusammenarbeit der vergangenen Wochen danken möchte. Wir müssen an Lösungen arbeiten.

Nur Schwarz-weiß-Diskussionen erlebe ich auch beim Thema „Geld und Asyl“.

Hier heißt es: „Wir mussten und müssen permanent sparen“, „aber die Flüchtlinge kriegen jetzt alles.“ Oder: „Es wird Zeit, endlich mehr Geld den Kommunen und für das Personal bereitzustellen, unabhängig vom Asylthema“.

Oder, ganz prominent die Bundeskanzlerin, die eine Steuererhöhung im Zusammenhang mit den Kosten für Flüchtlinge ausschließt. Niemand kann dies zurzeit seriös prognostizieren. Solche Ankündigungen hat es ja schon zur Wiedervereinigung gegeben. Und schon damals haben diese vielen Diskussionen auf der Suche nach Lösungen belastet.

Über eines sind wir uns sicher einig:

Die aktuelle Flüchtlingssituation ist die größte Herausforderung für Deutschland und damit auch für Sachsen-Anhalt seit der Wiedervereinigung!

Derzeit geht es schlicht um Hilfe für Menschen, die diese Hilfe von uns brauchen! Grundsatzdebatten allein helfen da nicht.

Ja, die Aufgaben sind wirklich immens.

An dieser Stelle möchte ich genau deshalb den vielen, vielen Bürgerinnen und Bürgern, den Bauleuten, den Polizisten, Betreuern, den Landräten, Bürgermeistern und anderen Kommunalpolitikern danken, die nun schon seit Monaten eine hervorragende Arbeit leisten: bei der Unterbringung, bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen, die hier bei uns Schutz suchen.

Erinnern wir uns: Im Frühjahr dieses Jahres wurde prognostiziert, dass Sachsen-Anhalt mit 8.000 bis 12.000 Flüchtlingen rechnen muss. Kurze Zeit später waren es 18.000, dann 20.000, 25.000, 30.000 – und jetzt werden 40.000 vorausgesagt!

Anrede,

Genau deshalb dürfen wir die Debatte über die Flüchtlingssituation nicht noch durch zusätzliche Emotionen belasten. Politik hat eine andere Aufgabe, als durch Zuspitzung von Szenarien Diskussionen zu verschärfen. Sachsen-Anhalt hat in den letzten 25 Jahren eine Million Einwohner verloren – das ist ein Drittel der Bevölkerung! Ja, da stellt uns die Aufnahme von 30.000 bis 40.000 Flüchtlingen in diesem Jahr vor sehr anspruchsvolle Aufgaben.

Aber aus meiner Sicht sind dies bei allen Schwierigkeiten und Ängsten, gerade vor Ort in den Kommunen, lösbare Aufgaben!

Bei öffentlichen Debatten sollte jeder von uns den Spannungsbogen zwischen Unsicherheit, offenen Fragen in der Bevölkerung und den notwendigen seriösen Lösungsansätzen der Politik beachten.

Mit Äußerungen wie „unsere Aufnahmekapazitäten sind erreicht oder überschritten“ wird man dem Thema insgesamt nicht gerecht. Die Kanzlerin hat nun wiederholt darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn macht, über Obergrenzen zu reden. Es liege nicht in ihrer Macht, wie viele zu uns kommen. Dies müsse global gelöst werden. Und sie fragt zu Recht: Wie viele Flüchtlinge verträgt Deutschland? 800.000? Eine Million? Zwei Millionen? Wie regeln wir Begrenzungen? Deshalb keine falschen Versprechen...

Und deshalb sage ich: Solange es auf solche Fragen keine vernünftigen Lösungen gibt, sollten wir uns in Sachsen-Anhalt auf das Lösen unserer Probleme konzentrieren.

Das gilt gerade in Wahlkampfzeiten.

Ja, niemand sagt, dass das einfach ist.

Ja, wir wissen, dass es Ängste gibt. (Stichworte sind soziale Konkurrenz durch Billiglöhne, um den Arbeitsplatz, Wohnungsfragen, Kita-Plätze, Unterrichtsversorgung und vieles mehr).

Ja, wir wissen, dass es Ängste gibt, dass Terrorismus, Kriege oder Krisen mit den Flüchtlingen zu uns gelangen.

Ich kenne die Kritik: Bisher mussten wir alle sparen und jetzt ist auf einmal Geld da!

Ich weiß auch, dass der heute vorgelegte Nachtrag möglicherweise schon wieder nicht reicht. Wir im Kabinett haben uns nach der Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin darauf geeinigt, die Zahlen vom Bund mit den 800.000 prognostizierten Flüchtlingen als Grundlage zu nehmen. Das hieße ja dann 23.000 für Sachsen-Anhalt. Darauf fußen unsere Berechnungen des Nachtragshaushaltes. Wenn aber nun tatsächlich mehr als eine Million Menschen nach Deutschland flüchten, dann kann es schon im Frühjahr den nächsten Nachtragshaushalt geben...

Das wissen wir doch alle und trotzdem müssen wir heute beschließen.

Meine klare Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts lautet: Ja, die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden kostet Geld.

Wir können jedoch die Herausforderungen meistern, ohne dass – zumindest jetzt - wegen der Flüchtlinge auch nur eine Straße weniger gebaut, ohne dass derzeit auch nur ein Cent weniger für die Wirtschaftsförderung, für die Kommunen, für soziale Leistungen, für Bildung oder Kultur ausgegeben wird. Und wir werden auch weiterhin unsere Schulden tilgen.

Ob das so bleibt – diese Prognose wage ich nicht. Aber ich werde hier und heute nicht darüber orakeln.

Und – wenn die Zahlen wirklich weiter nach oben gehen, dann werden wir natürlich mehr Geld bereitstellen müssen, übrigens auch für die Kommunen.

Und das habe ich schon oft geäußert.

Warum kriegen wir die Finanzierung hin?

Das gelingt, weil wir in Deutschland ein solides Wirtschaftswachstum mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigenden Steuereinnahmen haben.

Und das gelingt auch, weil wir bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland, aber auch in Sachsen-Anhalt, viel erreicht haben. Dies dürfen wir in unseren Diskussionen nicht zerreden!

Anrede,

Wir müssen bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation drei wesentliche Aufgaben meistern. Darauf haben schon viele hingewiesen.

Die Aufnahme und humanitäre Unterbringung der Flüchtlinge. Alle Asylsuchenden werden bis zum Wintereinbruch ein festes Dach über dem Kopf haben. Und dies in anständigen Unterkünften bei sachgerechter Betreuung. Bisher haben wir rund 150 landeseigene Liegenschaften geprüft. Es gibt aber durch sich verändernde Zahlen weiter viel zu tun. Und es sind auch noch Abstimmungen innerhalb der Regierung und mit den Kommunen nötig.

Aktuell gilt abgestimmt in der Landesregierung für die nächsten Jahre die Rechnung:

Wir brauchen 10.000 Betten plus x in den Erstaufnahme-Einrichtungen, wobei x die sich verändernde Reserve ist. Darunter sind die vier ZAST-Standorte Halberstadt, Halle, Magdeburg und Stendal sowie sämtliche Interims-Lösungen. Und der Innenminister und ich sind uns übrigens auch einig: Sollten die Zahlen wieder zurückgehen, wird zuerst Magdeburg auf Grund seiner Baustruktur weniger belegt.

Was über 10.000 Betten an tatsächlichen Asylbewerbern pro Jahr bedeutet, die die Bettenzahl vorgeben, kann sich jeder selbst beantworten. Und da wir in der Regierung längerfristige Verträge eingehen, wird dies keine kurzfristige Planung. Auf mehr will ich heute bewusst nicht eingehen.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle Ihnen den wirklich aktuellsten Stand unseres Unterbringungs-Konzeptes für das kommende halbe Jahr dazustellen:

- Die Zeltunterkünfte in Halberstadt werden bis Ende Oktober aufgegeben.
- In Halberstadt und Quedlinburg werden bis Anfang November zusätzlich zu den schon vorhandenen Bestandsgebäuden insgesamt weitere 1.190 Plätze nutzbar sein.
- Bis zum Jahresende stehen in Magdeburg an der Breitscheidstraße Unterkünfte für 300 Personen bereit.
- Als Interimslösungen werden bis Mitte November insgesamt 1.500 Plätze in Halberstadt, Genthin und Bernburg verfügbar sein.
- Weitere 500 Plätze können ab dem 1. Dezember in einer weiteren Liegenschaft in Magdeburg belegt werden.
- Im Februar werden 250 Plätze in Merseburg auf dem Gelände der FH (Internat) fertiggestellt.
- Im ersten Quartal 2016 werden in der Breitscheidstraße in Magdeburg weitere 1.000 Plätze fertiggestellt.

- Zur Jahresmitte geht der 1. Bauabschnitt der Landesaufnahmeeinrichtung Halle mit 1.000 Plätzen in Betrieb, sofern das Kabinett am nächsten Dienstag dem gemeinsamen Vorschlag von Innenministerium und Finanzministerium zustimmt. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung liegt vor.
- Ab Sommer 2016 kann der 1. Bauabschnitt der Landesaufnahmeeinrichtung in Stendal mit 500 Plätzen schrittweise bezogen werden, sofern letzte Abstimmungen mit dem Bund erledigt sind.
- Im Herbst 2016 stehen in Halle weitere 1.000 Plätze und in Stendal zusätzlich 500 Plätze zur Verfügung.

Heute Nachmittag werde ich mit dem Innenminister abschließend das aktuelle und derzeit gültige Unterbringungskonzept mit Blick auf die neuen Zahlen abstimmen.

Nur kurz zur Erinnerung: Im Sommer dieses Jahres hieß es noch, dass gut 4.000 Plätze ausreichen würden! Die Entwicklung verläuft in der Tat rasant.

Über die aktuellen Entwicklungen und Beschlüsse werde ich natürlich den Landtag informieren.

1. Gerade weil die Flüchtlingszahlen so nach oben schnellen, muss zügig geklärt werden, wer bleiben darf. Und – wo es kein Bleiberecht gibt – muss die schnelle Rückführung in das jeweilige Heimatland folgen. Darin sind alle in der Landesregierung einig!

Generell gilt: Asylbewerber bleiben so lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen, bis über ihren Antrag entschieden worden ist. In dieser Zeit übernehmen Bund und Land die Kosten. Auch das sollte man bei der Debatte um Kosten für die Kommunen bitte beachten! Erst danach kommen die Asylsuchenden mit Bleiberecht in die Kommunen und können integriert werden.

Wie viele das sein werden, wie viele überhaupt dann auch in Sachsen-Anhalt bleiben werden, das kann zurzeit niemand seriös sagen.

Deshalb halte ich nichts davon, jetzt schon zu streiten, ob die Pauschalen in 2016 und 2017 ausreichen, wie viele Plätze wir dann in Schulen oder Kitas brauchen und weitere offene Fragen.

Wir müssen allerdings darauf vorbereitet sein. Und wenn wir mehr Geld brauchen, dann wird für die Kommunen und die Landesaufgaben nachgesteuert!

All diese Aufgaben gehen wir gemeinsam mit dem Bund an, der in den kommenden zwei Jahren dafür in Sachsen-Anhalt 170 Millionen Euro bereitstellt.

2. Die zentrale Aufgabe ist die Integration der Flüchtlinge mit Bleiberecht. Und daran wird in den Ministerien längst gearbeitet. Das Sozialministerium klärt zum Beispiel, wie man den Kommunen bei den sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingskindern helfen kann. Das Kultusministerium ist dabei, die Programme zum Spracherwerb weiter ausbauen. Die Integrations-Beauftragte arbeitet an Konzepten, wie das Zusammenleben besser funktionieren kann. Das Wirtschafts- und Hochschulministerium klärt mit Unternehmen und Hochschulen die Frage zusätzlicher Arbeits- und Studienplätze.

Denn richtig ist ja: Wir müssen die Menschen so schnell wie möglich in die Lage versetzen, eine Arbeit aufzunehmen, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten, ihre Kinder in die Schule oder in die Kita zu schicken.

Hier muss das Land eng mit Bund, Kommunen und den Trägern solcher Angebote zusammenarbeiten.

Und ganz klar ist: Die Verfahren müssen endlich professionalisiert und verkürzt werden. Das wäre eine große Entlastung. Und in Europa müssen gerechte Lösungen für alle Mitgliedstaaten endlich gefunden werden! Aber diese zwei Punkte entscheiden wir nicht vorrangig in Sachsen-Anhalt. Deshalb unsere Energien bitte ins Handeln investieren!

Anrede,

Die Integration von Flüchtlingen aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen und zum Teil traumatischen Erfahrungen ist - wie schon erwähnt - nicht einfach. Dessen sind wir uns bewusst. Und sind wir ehrlich: Wir haben auch wenig Erfahrung mit einer solchen Flüchtlingswelle.

Aber für mich steht fest:

Die zu uns kommenden Flüchtlinge sind gerade für Sachsen-Anhalt auch eine Chance. Deshalb sage ich auch als Finanzminister: Wir sollten Asylsuchende auch in dieser Haushaltsdebatte nicht vornehmlich unter Kostenaspekten betrachten. Die Bevölkerung nimmt sehr genau wahr, wie wir uns in der Politik diesem Thema annehmen.

Es geht um eine gesellschaftliche Debatte, um Hilfe, ja auch um Ängste, aber genauso um Chancen und Investitionen! Es geht auch um die Perspektive für Sachsen-Anhalt.

Wir brauchen – wie kein anderes Land in Deutschland - Zuwanderung. Ob dies manche nun wahrhaben wollen oder nicht. Wir müssen uns stärker als bisher als Einwandererland profilieren!

In diesem Zusammenhang versteht übrigens keiner im Westen, warum gerade wir im Osten uns mit Flüchtlingen so schwer tun.

Denn hier der Hinweis, wir hätten doch bisher so wenige, kann und darf nicht als Begründung gelten.

In westdeutschen Regionen gibt es schon jetzt einen Ausländeranteil von 15 Prozent oder mehr. Und diese Regionen müssen sich auch den Problemen stellen.

Sachsen-Anhalt steht - selbst bei positivem Wanderungssaldo - im Vergleich zu anderen neuen Ländern bei der Einwohnerentwicklung immer noch hintenan. Nach einer Übersicht des Statistischen Bundesamtes hat die Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2014 durch die hohe Zuwanderung um 430.000 Einwohner zugenommen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und in Sachsen wurde dies registriert.

In nur drei Ländern (Sachsen-Anhalt, Thüringen und Saarland) nahm die Bevölkerung 2014 trotzdem ab – in Sachsen-Anhalt am stärksten. Und wir glauben, wir haben zu viel Zuwanderung???

Zwei Schlussfolgerungen ergeben sich für mich aus diesen Zahlen: Auch ostdeutsche Länder können mit Hilfe der Zuwanderung den Bevölkerungsverlust

stoppen, ja sogar umkehren. Aber man muss etwas dafür tun – die Entwicklung ist kein Selbstläufer.

Genau das wird als Aufgabe für die nächste Wahlperiode anstehen! Da bin ich ganz sicher.

Für diese Fragen müssen dann natürlich auch bald langfristige Strategien entwickelt werden, die in ein neues Leitbild für die Entwicklung Sachsen-Anhalts 2020 münden. Dazu sage ich später noch mehr.

Anrede,

Ich habe bei der Einbringung des Nachtragshaushaltes bereits darauf verwiesen, dass wir auf Grund der stetig ansteigenden Flüchtlingszahlen finanziell nachsteuern mussten und vielleicht weiter müssen. Unsere Planungen bei den Pauschalen für den Nachtragshaushalt fußten, wie schon erwähnt, auf einer Zahl von 23.000 Flüchtlingen. Würden es wirklich 40.000, müssten wir wohl noch einmal rund 200 Millionen Euro drauflegen. Das wäre noch einmal eine Herausforderung für unsere Haushaltspolitik.

Anrede,

aber wir können nicht abwarten, die Entwicklung nur zögerlich begleiten, weil sie vielleicht politisch nicht gewollt sind.

Wir müssen jetzt entscheiden. Die Zeit drängt. Wir müssen jetzt bauen!

Die Kommunen brauchen jetzt und in der nächsten Zeit Geld.

Wir müssen jetzt das zusätzlich notwendige Personal einstellen.

Nun zu einigen Zahlen aus dem vorliegenden Nachtrag:

Wir geben 2015 für die Flüchtlingshilfe 216 Millionen Euro aus, 2016 werden es 471 Millionen Euro sein.

Für die Bewältigung dieser Aufgaben sind über 700 zusätzliche Stellen geplant, davon fast 400 unbefristet. Das sind vor allem Sprachlehrer, Polizisten und Mitarbeiter in den Erst-Aufnahmeeinrichtungen.

2015 stellen wir über 1.300 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, 2016 werden es dann nochmals über 1.000!

Überhaupt werden in den kommenden Jahren stets mehr als eintausend junge Leute in den Landesdienst eingestellt – Tendenz steigend!

Wer angesichts dieser Zahlen immer noch sagt, es würden viel zu wenige neu eingestellt, der ist fern jeder Realität.

Die Kommunen erhalten - nun über das FAG - 2015 und 2016 insgesamt 50 Millionen Euro zusätzlich. Hinzu kommen noch zehn Millionen Euro an Entflechtungsmitteln. Durch die sogenannten Fallpauschalen erhalten die Kommunen nach gegenwärtigem Stand 53 Millionen Euro in diesem Jahr und 205 Millionen Euro im nächsten.

An Erziehungshilfen für unbegleitete Flüchtlingskinder erhalten die Kommunen 2015 weitere drei Millionen Euro und 2016 weitere 18 Millionen Euro.

Ganz kurz noch im Telegrammstil:

Projekte Nachtragshaushalt neben Asyl

- Errichtung des Forschungscampus Stimulate in Magdeburg
- Sanierung von Sportstätten und Vereine
- Neubau einer Förderschule in Magdeburg
- Unterstützung der Moses-Mendelssohn-Akademie in Halberstadt
- Ausfinanzierung von Musikfestivals bis hin zu den Händelfestspielen in Halle
- Mehr Geld für das Bauhausjubiläum

- Finanzielle Absicherung des Ausbaus des landwirtschaftlichen Zentrums Iden (Altmark)

Wenn wir heute über den Nachtrag entscheiden, steht Mitte November das Geld bereit. Und an dieser Stelle meinen Dank an den Finanzausschuss und seinen Vorsitzenden für die nicht einfachen aber zügigen Beratungen zum Nachtragshaushalt.

Anrede,

Meine Bitte an die Kommunen lautet:

Lasst uns im Gespräch bleiben. Aber bitte sachlich. Wenn nachgesteuert werden muss - das sage ich noch einmal ganz klar - werden wir das gemeinsam mit dem Bund zugunsten der Kommunen tun. Und das zeitnah und anhand vorliegender Zahlen.

Alle sind gefordert, ihren Anteil zu leisten. Ich gebe zu, wir fahren derzeit bei unseren Planungen „auf Sicht“. Schon deshalb kann es aus meiner Sicht keine Blankoschecks geben.

Auch Grundsatzdebatten über das angeblich stets zu gering ausfallende FAG oder über KiFÖG-Kosten oder über Schul-Schließungen gehören aus meiner Sicht nicht in eine Debatte über Asylsuchende!

Ich werde im November die aktualisierte Mittelfristige Finanzplanung vorlegen. Darin werde ich auf Grund neuester Zahlen natürlich auch auf das Personalkonzept und das FAG eingehen.

Erwähnt werden sollte, dass wir mit dem Nachtragshaushalt das Investitionsprogramm STARK V für finanzschwache Kommunen auf den Weg bringen. Es umfasst insgesamt 123 Millionen Euro. Der Bund stellt dafür 111 Millionen Euro bereit. Die erforderliche Kofinanzierung in Höhe von zehn Prozent übernimmt das Land für die Kommunen.

Wir finanzieren die zusätzlichen Aufgaben und werden auch am beschlossenen Tilgungsplan festhalten. Wir werden 2015 unsere Schulden um mindestens 75 Millionen Euro abbauen und 2016 um mindestens 100 Millionen Euro.

Insgesamt hat der Doppelhaushalt 2015/16 Haushalt inklusive Nachtrag ein Volumen von 22 Milliarden Euro.

Das sind – auch für beide Jahre gerechnet – rund 570 Millionen Euro mehr als im bisherigen Doppelhaushalt.

Vor zehn Jahren noch hätten wir unsere Probleme mit neuen Schulden gelöst! Wir dürfen aber nicht mehr die Rechnung für zusätzliche Aufgaben, die sich uns jetzt stellen, einfach so an kommende Generationen weiterreichen!

Anrede,

wo kommt aber das Geld zur Finanzierung unseres Nachtrages her? Um es auf den Punkt zu bringen:

Finanziert werden die zusätzlichen Ausgaben durch höhere Steuereinnahmen, Ausgabereise, die bereits erwähnte Hilfe des Bundes und einen begrenzten Eingriff in die Steuerschwankungsreserve.

Ich weiß, dass andere Länder angesichts der Flüchtlingswelle über ein Aussetzen der Tilgung oder sogar neue Schulden nachdenken (oder dies derzeit umsetzen).

Neun Bundesländer und der Bund haben ja bereits Nachtragshaushalte verabschiedet oder bereiten diese vor. In Baden-Württemberg wird bereits der zweite Nachtragshaushalt aufgestellt.

Ich kann immer wieder nur dafür werben, auch außergewöhnliche Herausforderungen ohne neue Kredite zu finanzieren, solange das irgendwie geht. In meiner Amtszeit habe ich nämlich die Erfahrung gemacht, dass es fast immer außergewöhnliche Herausforderungen gab und gibt.

Mal war es die weltweite Finanzkrise, deren Folgen in Europa noch immer nicht überwunden sind.

Mal war es die Hochwasser-Katastrophe, die zusätzliche Anstrengungen erforderte. Und jetzt ist es die Flüchtlingswelle. Finanzpolitische „normale“ Zeiten gab es kaum. Und darauf würde ich auch in Zukunft nicht setzen.

Anrede,

Wir setzen alles daran, dass Sachsen-Anhalt finanzpolitisch die Herausforderungen meistern kann, die uns die Flüchtlingswelle stellt. Wir haben dafür gute Voraussetzungen, weil wir uns auch durch den Konsolidierungskurs der letzten zehn Jahre finanzielle Gestaltungsspielräume geschaffen haben.

Diese Gestaltungsspielräume sind Resultat der konsequenten Konsolidierung der Landesfinanzen.

Gerade deshalb sollte der Landtag darauf achten, dass die finanzpolitischen Spielräume nicht wieder leichtfertig aufgegeben werden. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen können sich auch wieder verschlechtern, Politik muss dann darauf vorbereitet sein!

In diesem Zusammenhang ein kurzer Einwurf. In den Medien der vergangenen Tage war aus gegebenem Anlass zu lesen:

Dass das Land keine Schulden mehr macht, ist ja ganz o.k. Aber es gehe natürlich nicht an, dass der Bullerjahn dafür das ganze Land in Aufruhr versetzt habe.

Auf das Thema Aufruhr gehe ich bestimmt nicht ein.

Aber im Ernst. Wenn man einen Haushalt in Schieflage wie 2006 in Ordnung bringen will, geht es nicht ohne Konflikte.

Es wird immer Einzelne, ganze Gruppen oder die Solidarisierung ganzer Gruppen geben, die Veränderungen ablehnen, weil sie sich zu Unrecht betroffen fühlen - soll doch bei anderen gespart werden!

Da hilft auch keine noch so schöne Verpackung:

Konsolidierung ohne Einschnitte vorzunehmen – das klappt nicht.

Das klappt nicht in der Familie, das klappt nicht in Unternehmen, nicht in Gewerkschaften und Parteien - selbst in Zeitungsverlagen klappt dies nicht, wie man ab und zu hört.

Und das klappt eben auch nicht in Kommunen oder in Ländern, erst recht nicht unter den Bedingungen der Schuldenbremse. Ich erwähne dies nur, weil dies auch in der nächsten Wahlperiode nicht ausbleiben wird. Und wer glaubt, das liege nur an bestimmten Parteien, dem empfehle ich einen Blick nach Thüringen.

Anrede,

Wir haben auch in Sachsen-Anhalt eine gute Einnahmeentwicklung, vor allem bei Steuern. Die Zinsbelastung bleibt niedrig und kann durch aktive Umschuldung in den nächsten Jahren weiter gesenkt werden. Durch das PEK können die aktiven Personalkosten annähernd konstant gehalten werden. Allerdings gilt das nicht für die Versorgungsleistungen. Dazu aber in der neuen aktuellen MiPla mehr.

Und auch bei gemeinsamen Anstrengungen zur Minderung der Verschuldung der Kommunen sind wir vorangekommen.

Man kann zur Kenntnis nehmen, dass - auch maßgeblich durch das STARK II-Programm - die Gesamtverschuldung unserer Kommunen von 3,3 Milliarden Euro in 2006 bis 2020 auf unter eine Milliarde Euro sinken wird! Das sollte man bei der Diskussion über steigende Kassenkredite nicht verschweigen! Deren Anstieg steht nämlich in keinem Verhältnis zu diesem absoluten Schuldenabbau!

Anrede,

Wir haben alle zusammen – Regierung, Koalition und Opposition – viel erreicht, egal in welcher Verantwortung. Wir sollten darauf auch stolz sein.

Das Land kann die Herausforderungen der kommenden Jahre meistern. Es kann 2020 – wenn die Sonderförderungen Ost des Bundes und der EU weitgehend ausgelaufen sind – finanzpolitisch auf eigenen Füßen stehen.

Die bereits umgesetzten und die begonnenen Strukturveränderungen in den Kommunen und beim Land haben daran großen Anteil!

Anrede,

Mal abgesehen von den gewaltigen Herausforderungen und den Unwägbarkeiten durch die Flüchtlingswelle, sollten wir aus meiner Sicht in den kommenden Jahren an folgenden finanzpolitischen Schwerpunkten festhalten:

1. soweit wie irgend möglich: keine neuen Schulden!  
Schrittweise Erhöhung der jährlichen Tilgungsbeträge auf mindestens 200 Millionen Euro in 2020, auch wenn ich weiß, dass hier die größten Fragezeichen stehen...
2. die Steuerschwankungsreserve bis 2020 weiter auffüllen, um noch krisenfester zu werden. Aber auch bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.
3. durch konsequentes Umsetzen des PEK Erreichen der Verwaltungsstärke von 18 Bediensteten je 1000 Einwohner und trotzdem Erhöhung des NEK von derzeit über 1000 auf 1500 Bedienstete in 2020, bei Beachtung der aktuellen Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderung.
4. Abschluss der Struktur-Reformen auf Landes- und kommunaler Ebene, Verwaltung wird bis 2020 an die Bevölkerungsentwicklung angepasst
5. auch ohne Hilfen von EU und Bund ab 2020 eigenfinanzierte Investition-Quote von mindestens zehn Prozent dauerhaft halten.
6. allmählicher Abschluss des STARK-III-Programmes bis 2022, somit alle bestandsfähigen Kitas und Schulen in Sachsen-Anhalt top-saniert.
7. Abschluss des Teil-Entschuldungs-Programmes STARK II, so die weitgehende Entschuldung vieler Kommunen bis 2020, parallel dazu Investitionsförderung auf hohem Niveau (zum Beispiel Investitions-Pauschale).
8. Abschluss der wichtigsten Hochbau-Projekte bis 2020, damit Umsetzung von Investitionen in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro.
9. bis 2020 wird das Landesdatennetz inklusive der nötigen Hardware auf den neuesten Stand gebracht - mit Anbindung aller Rathäuser und Schulen – Investition mehr als 250 Millionen Euro.

10. Umsetzung der neuen Vereinbarung für die Bund-Länder-Finanzbeziehungen  
– Ziel: ab 2020 jährlich etwa 300 Millionen Euro mehr für Sachsen-Anhalt, die wir dann für Investitionen nutzen können! Ich hoffe auf eine Einigung noch in diesem Jahr – leichter wird es zu einem späteren Zeitpunkt nicht.

Anrede,

Wir leben in einer Zeit gravierender Umbrüche, die die Menschen in Deutschland beschäftigen, ja umtreiben. Wichtig ist deshalb aus meiner Sicht, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Politik muss noch transparenter werden. Wir müssen uns in die Bücher schauen lassen. Und wir sollten uns selbst und unsere gewollten und dann erreichten politischen Zielsetzungen stärker kontrollieren und von anderen kontrollieren lassen.

Allerdings – die Bürger sollten uns die politischen Entscheidungen nicht abnehmen, das müssen wir schon selbst tun!

Aber die Sachsen-Anhalter können die Effekte unserer Politik dann besser bewerten. Das wird, was die Finanzpolitik im weiteren Sinne angeht, ab Mitte November möglich sein.

Dann schalten wir das Informationssystem Sachsen-Anhalt (ISA) für jedermann frei.

Ich lade alle Sachsen-Anhalter ein: Nutzen Sie die Daten, Fakten und Hintergründe, um sich ein eigenes Bild machen!

Anrede,

ich möchte auf einen weiteren Aspekt zu sprechen kommen, auf das von mir schon öfter beschriebene Projekt „Strategisches Politik-Management“.

Mit Einführung der Schuldenbremse sind wir den Schritt zum TOP-DOWN-Verfahren mit Eckwerten gegangen.

Wenn Politik die Herausforderungen der nächsten Jahre besser bewältigen will, dann sollte sie noch viel stärker als bisher die Wirkung ihrer Entscheidungen in den Fokus stellen. Dabei geht es um Bewertung von politischen Inhalten und ihrem Erreichen und nicht um Rechnungsprüfung!!

Dazu haben wir ein Konzept zur Diskussion vorgelegt.

Und ich freue mich, dass die bisherigen Überlegungen im Kabinett und in den Fraktionen – so mein Eindruck – auf Offenheit treffen und uns die Möglichkeit geben, an der Entwicklung weiter gemeinsam zu arbeiten.

Egal welche Regierung und welcher Minister Verantwortung tragen werden: Transparenz durch ISA und Controlling durch SPM gehören zu moderner Finanzpolitik.

International sowieso.

Auch der Bund besonders Finanzminister W. Schäuble schenkt diesem Bereich immer größere Beachtung.

Anrede,

Die Flucht von Menschen auch nach Sachsen-Anhalt, die dies in aller Regel nicht leichtfertig getan haben, stellt uns vor große politische und gesellschaftliche Herausforderungen. Und wir wissen, es gibt Unsicherheiten und Ängste sowie viele offene Fragen.

Diesen Fragen muss sich Politik immer wieder stellen. Wir sind gewählt worden, um Lösungen auf den Tisch zu legen! Politik muss zuhören, erklären, vorschlagen, entscheiden und dann auch aushalten. Und nicht ausweichen!

Deshalb sollten wir nicht gegenseitig mit dem Finger auf uns zeigen oder endlos diskutieren, sondern entscheiden!

Für derartige Entscheidungen ist der Nachtragshaushalt der aktuelle Handlungsrahmen. Und um den geht es heute.

Und richtig ist auch: In den kommenden Jahren wird sich Sachsen-Anhalt verändern. Diese Veränderung aktiv mit zu gestalten, ist die aktuelle Herausforderung für die Politik über den Tag hinaus.

In der nächsten Wahlperiode sollte deshalb aus meiner Sicht ein Leitbild für Sachsen-Anhalt 2020 im engen Dialog mit der Bevölkerung entwickelt werden. Dabei müssen Land und Kommunen an einem Strang ziehen.

Und dabei kann man (und sollte man) überlegen, wie denn ein Leitbild für ein Sachsen-Anhalt mit vielleicht zehn Prozent Ausländer-Anteil aussehen könnte.

Zu dem Leitbild gehört dann die Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung hoher Zuwanderung. Oder Fragen wie:

Welchen Anforderungen müssen sich dann künftig Schule und Lehrer stellen?

Wie verläuft die Entwicklung von Städten mit höherem Ausländeranteil und des ländlichen Raums, wo Zuwanderung wohl weiter begrenzt bleiben wird?

Was bedeutet das dann für den Landeshaushalt, das Personalentwicklungskonzept?

Es gibt übrigens schon solche Überlegungen: Wie ich jüngst bei einem Gespräch vor einigen Tagen festgestellt habe, entwickelt die Stadt Aschersleben gegenwärtig ein Konzept mit einem Ausländeranteil in der Stadt von eben diesen zehn Prozent!

Anrede,

Klar ist, die Finanzpolitik der vergangenen Jahre löst die Probleme nicht von sich aus.

Aber sie öffnet Spielräume für die langfristigen Diskussionen und Entscheidungen in den kommenden Jahren, um drängende Herausforderungen zu bewältigen – ohne unsere langfristigen Prioritäten vernachlässigen zu müssen.

Der neue Landtag – da bin ich mir sicher - wird diese Spielräume mit Ideen und Konzepten ausfüllen.

Der Kurs für Wachstum ohne neue Schulden macht uns widerstandsfähiger und ist die beste Investition in die Zukunft Sachsen-Anhalts, unserer Kinder und auch in die Zukunft unserer neuen Mitbewohner.

Aber das Wichtigste, was ich in den nächsten Tagen erleben möchte, ist für mich:

Ende nächster Woche haben alle Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt ein festes Dach über dem Kopf!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.